



**BUNDESVERBAND  
ANUAS e.V.**  
Hilfsorganisation für Angehörige von Mord-,  
Tötungs-, Suizid- und Vermisstenfällen

NEWSLETTER

05 – 06 / 2024



Botschafterin des ANUAS, Anna Petermann hat eine fantastische Idee, welche Sie zur Themenwoche 2023 vorgestellt hat. Die Idee hat Frau Petermann patentieren lassen. Nachfolgend stellen wir die Idee vor, welche Frau Petermann am 26. 11. 2023, zum ANUAS-Jahrestag verlesen hat:

*„Sehr geehrte Verlegerin, sehr geehrter Verleger! In Deutschland bevorzugen 50 % aller Leserinnen und Leser Krimis, wovon 23.000 unterschiedliche angeboten werden und ca. 1500 neue jährlich auf dem Buchmarkt erscheinen. In der Bevölkerung besteht somit ein immenses Interesse an Gewalt und Mord, möglichst sollen es True Crimes sein. Profitieren können davon Krimiverlage, Buchhandlungen und Autoren. Ein Milliardengeschäft! Jedem Leser gönne ich sein Schaudern und seine Gänsehaut ... ebenso jedem, der an den Einnahmen dieses Genres partizipiert. Da ich aber Botschafterin für ANUAS, einer Hilfsorganisation für Angehörige von Mord-, Tötungs-, Suizid und Vermisstenfällen bin, einer Betroffenen-Opfer-Hilfe- und Selbsthilfeorganisation, habe ich aus einer völlig anderen Perspektive Einblick in Abgründe und Tragödien, in die der Opfer und ihrer Familien! Der Bundesverband ANUAS e.V. sich sich u.a. für Hilfen und Gerechtigkeit im Umgang mit betroffenen Angehörigen ein, die entsprechend der EU-Richtlinien zum Opfer psychischer Gewalt nach einer tödlichen Gewalttat geworden sind. ANUAS möchte ich durch eine Aktion unterstützen, bei der ich auf Ihre Hilfe hoffe:*

*Wenn für jeden verkauften Krimi 2 Cent von Ihrem Verlag an die Hilfsorganisation gezahlt würden, so wäre dies eine großartige Unterstützung für die Arbeit dieses beeindruckenden Vereins. Viel Leid der True-Crime-Opfer könnte dadurch gelindert werden. Ebenso würde das häufig unwohle Gefühl, das vermutlich fast jeder Krimileser, Autor und Verleger bei diesem Mordgeschäft hat, reduziert werden.*

*Auf jeden verkauften Krimi könnte auf der Rückseite ein Botton geklebt werden mit der Aufschrift:  
**SelbstverCENTlich 2!***

*Ihr Verlag würde von dieser Aktion auch profitieren, da einige Medien meine PR-Maßnahmen unterstützen. Außerdem würden Hinweise zu Informationen im Internet über Ihr Engagement und zu ANUAS für Leser und Betroffene hilfreich sein und für Ihr Image sehr positiv „, also ein win-win-Resultat! ... Mit herzlichen Grüßen Anna Dziewior-Petermann*

-----

## Empfänge – Jahrestagungen

2

**Der 29. Deutsche Präventionstag findet am 10. und 11. Juni 2024 in Cottbus/Chósebuz in Brandenburg** unter der Schirmherrschaft von Innenminister Michael Stübgen statt. Alle Informationen zum Kongress sind über die Menüpunkte in roter Schrift oben auf der Webseite erreichbar.

Das umfangreiche **Kongressprogramm** besteht aus einer großen Kongressausstellung, verschiedenen Vortragsformaten sowie Begleitveranstaltungen. Zum diesjährigen **Schwerpunktthema „Sicherheit im Wandel“** ist bereits eine **Begleitschrift** erschienen, in der das Thema aus vier unterschiedlichen Blickwinkeln wissenschaftlich betrachtet wird. Ein **10-minütiges YouTube-Video** fasst die wesentlichen Botschaften prägnant zusammen.

**Kongressteilnahme:** Die **Anmeldung** erfolgt direkt online und ist bis zum Kongress möglich. Die **Tarife** sind zeitlich gestaffelt.

**Aktive Programmbeteiligung:** Auch wenn die Bewerbungsphase für eine aktive Beteiligung am Programm vor Ort beendet ist, steht Ihnen die Möglichkeit, mit einer **„Presentation on Demand“** beizutragen, noch bis zum 10. Juni 2024 offen.

**Alle Infos:** Kompakte Antworten auf alle Fragen rund um den Kongress finden Sie nach Stichworten alphabetisch sortiert im **DPT-Express**.

### **Videogrußwort**

Michael Stübgen, Innenminister des Bundeslandes Brandenburg, und Tobias Schick, Oberbürgermeister der Stadt Cottbus/Chósebuz,

<https://www.praeventionstag.de/nano.cms/29-dpt-uebersicht>



## Weiterbildungen

### **AOK Hessen. Die Gesundheitskasse.**

Online-Seminar „Grundlagen der Buchhaltung und Förderabrechnung“

## **Krisen, Katastrophen und die Lust zu überleben**



Unter dem Motto **Krisen, Katastrophen und die Lust zu überleben** fand die Jahrestagung der Systemischen Gesellschaft in Kooperation mit dem Systemischen Institut – SI Tübingen statt. Diese Tagung verspricht Ihnen ein kritisch-nachdenkliches, emanzipatorisch-engagiertes, theoretisch-vielfältiges

und lebenszugewandt-lustvolles Programm.

Beitragen werden dazu unter anderem:

der provokative Demokratieförderer **Dr. Stefan Junker**, die lösungsorientierte Pädagogin und Freigeist **Mechthild Reinhard**, die kreativ-innovative **Dr. Carmen Beilfuß**, der kommunikations- und medienkritische Prof. Dr. Bernhard Pörksen und die konstruktivistische Galionsfigur der Systemischen Sozialarbeit **Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp**.



Das SI Tübingen feierte sein 10-jähriges Bestehen und hat ein kritisch-nachdenkliches, emanzipatorisch-engagiertes, theoretisch-vielfältiges und lebenszugewandt-lustvolles Programm zusammengestellt.



<https://shop.auditorium-netzwerk.de/cat/index/sCategory/6606>

## **Angst essen Seele auf**

Angst essen Seele auf - Brüche in Gesellschaft, Familie und Individuum.

**Angsterkrankungen** sind ein bedeutsamer Teil der klinischen Praxis. Aber Angst prägt auch unser **gesellschaftliches Zusammenleben** in zunehmendem Maß – Angst vor dem Verlust von Sicherheit, Freiheit und Wohlstand, aber auch vor der selbstverschuldeten Beschädigung unserer Lebensgrundlagen.

Die Tagung verbindet das Thema des

**gesellschaftlichen Verlusts von epistemischem Vertrauen**

(z. B. Klimaleugner, Verschwörungstheoretiker) mit Forschungsergebnissen und analytisch-klinischen Zugängen zu **interpersonellen Aspekten der Angst**.



-----

# TOB – Restorative Justice

Es wurde beim ANUAS ein Online-Austausch-Treffen mit Betroffenen(kompetenz) und Fachkompetenz (Mediator, Opferhelfer, Psychologe) zum Thema „Restorative Justiz-Möglichkeiten für Mit-Opfer“ durchgeführt.

Dabei sollte es nicht um den Austausch zwischen Tätern und Opfern gehen, sondern um den Austausch zwischen Opfern und Behörden, welche in dem jeweiligen Fall zuständig sind und waren.

ANUAS und Dr. Michael Kilchling (Max-Planck-Institut) sowie Dr. Judith Albrecht (FU Dahlem) haben vermehrt in Gesprächen mit Mit-Opfern von Problemen und Fehlverhalten erfahren, welche bei den Betroffenen zu schweren Re-Traumatisierungen führten und den seelischen und psychischen Leidensdruck massiv verstärkten. Dazu wurden bereits Forschungsstudien durchgeführt.

Europarat hat aufgegriffen und unterstützt in der sog. Venedig-Erklärung der Justizministerinnen und -minister die Einführung eines

## Recht(s) auf Restorative Justice.

### Konflikte Betroffener mit Behörden:

... dass „Mit-Opfer“ mit unangemessenem, auch diskriminierendem Verhalten, mitunter auch offensichtlichen Behördenfehlern konfrontiert sein können. Dies betrifft nicht nur die Polizei und Strafverfolgungsbehörden, sondern auch Versorgungsämter und andere Dienststellen.

Erste Ergebnisse dieses Online-Treffens sind hier nachzulesen. Diese Fakten werden zur Themenwoche, im Rahmen der Podiumsdiskussion ausführlich mit Fachleuten diskutiert. Die Podiumsdiskussion wird gefilmt und veröffentlicht werden.

## Restorative Justice für „Mit-Opfer“ = Angehörige von Tötungsdelikten

### Begriffserklärung:

Als Restorative Justice (RJ) wird ein die traditionelle Vergeltungslogik ( *retributive justice*) und Strafphilosophien überwindendes Gerechtigkeitskonzept bezeichnet. Danach soll das **aus der Begehung von Unrecht erfahrene Leid** soweit wie möglich ausgeglichen ( *Wiedergutmachung*) und **die als gerecht akzeptierte Ordnung in einer sozialen Gemeinschaft** (wieder) hergestellt werden (*to restore justice*). Prof. Dr. Thomas Trenczek

### Wichtige zu berücksichtigende Aspekte:

- Beachtung der Kausalität „gewaltsame Tötung“
- Umgang der Behörden, Einrichtungen, Gesellschaft mit „Mit -Opfern“
- Individuelle Handlungsmöglichkeiten
- Berücksichtigung der individuellen Wünsche und Bedürfnisse von „Mit -Opfern“
- Schaffung nötiger Bedarfe



### Gefahrenabwehr von:

- Re-Traumatisierungen und Viktimisierungen \* Psychische und gesundheitliche Folgen
- Gesellschaftspolitische Folgen
- Aggression \* Gewalt \* Lynchjustiz
- Verlust des Vertrauens in die Justiz, Demokratie und Gesellschaft

Die Folgen einer Straftat bzw. eines Unrechts wiederholen sich. Die **Opfer** entwickeln Ängste, aber auch Schuldgefühle – Familien brechen auseinander und das Leben wird plötzlich sinn- und inhaltslos. Die **Täter** entwickeln verschiedene Affekte: auf der einen Seite Abwehr und Verdrängung, um sich nicht der Tat und den Gefühlen stellen zu müssen, andererseits Schuldgefühle und Ängste.

Hinter jedem Delikt, hinter jeder Straftat stehen menschliche Desaster. Delikte und Straftaten schaffen Wunden und Schmerz, zerstören Beziehungen zwischen Freunden, Familien, Gemeinschaften und in der Gesellschaft.

Als **Zielvorstellung** kann Restorative Justice als Weg zur **Kompetenzbildung in der Gesellschaft** gesehen werden:

statt wiederholt die Erfahrung zu machen  
dass bei Konflikten Entmündigung durch eine übergeordnete Autorität einsetzt,  
kann ein eigenverantwortlich konstruktiver Umgang mit Konflikten erfolgen

Aber auch das **Gemeinwesen** (die *community*) – das Dorf, die Stadt, der Staat – sind betroffen: Straftaten und Unrecht schaffen volkswirtschaftlichen Kosten (Strafvollzug, Therapien, Versicherungen usw.) und provozieren Diskussionen über Sicherheit und Strafverschärfungen.

Restorative Justice ist auf die Wiederherstellung von positiven sozialen Beziehungen, insbesondere auf Wiedergutmachung, Versöhnung und Vertrauensbildung hinorientiert. Im Restorative Justice geht es um den bestmöglichen Umgang mit unerwünschten Folgen (materiellen und immateriellen Schäden) eines unerwünschten Vorfalles

Es geht vor allem um die **Beziehungszerstörung** und den **Schmerz** durch das Delikt.

Eine Gesellschaft und ein Rechtssystem sollte alles tun, um diesen Schmerz zu heilen.

## Ungerechtigkeitsgefühle \* Stigmatisierung führen zu ReTraumatisierungen

- Keiner wollte zuhören
- Keiner hat auf Fragengeantwortet
- Keiner hat informiert, aufgeklärt
- Keiner wollte versuchen zu verstehen, wie es mir geht, keiner wollte sich reindenken
- Kein ausreichend geschultes Personal
- Sehr niedrigschwelliges Hilfsangebotsniveau
- Vorgehen der Polizei ist falsch gewesen, mein Recht, eine Anzeige bei der Polizei aufzugeben, wurde abgelehnt
- Ständiges Hin- und Herschicken, keine wirklichen Hilfen
- Nervige Reaktionen von Helfereinrichtungen und Behörden bei Rückfragen „behindern Sie nicht die Arbeit, wir haben noch mehr zu tun“
- RA teilt mit: „Familie kann froh sein, dass die Tochter nicht gelitten hat“
- Behörden, Helfereinrichtungen sind sehr übergriffig



**Psychotherapeuten** verstehen nicht und können das Schicksal nicht mittragen

**Polizei:** Tochter ist selber schuld am Tod, warum hat sie Drogen genommen  
Mutter (Diplompsychologin) ist alleinerziehend gewesen, bildungsfern – Assoziation mit ... assozial  
Alle Worte werden verdreht, Mutter ist instabil, komisch, versteht nichts, muß nichts verstehen  
Keine Information und Akteneinsicht

**Rechtsanwalt:** nur einen Termin erhalten, danach keine Reaktion mehr ... verbal sehr aggressiv ... Mutter soll sich eine Therapie suchen, sie sei psychisch krank ... RA sagt: „... ist eine fast normale Sache, wenn Kind von Drogen stirbt, ... selber schuld“

## Äußerung einer Betroffenenfamilie: Vater tötet Mutter ... Die Angehörigen sind Opfer- und Täter-Angehörige ... der Täter, Vater hat sich später in der JVA suizidiert

„Mein Mann und ich sind ziemlich vorwurfsvoll von der Polizei verhört worden. Die Familie meines Mannes ist recht prominent in unserem Ort und wir hatten das Gefühl, dass viel Gerede entstand. Die Polizei war nicht sonderlich hilfreich mit den klugen Sprüchen, wie „Sie wollen dieses Amt wirklich noch ausüben?“, „Wie aggressiv ging es in Ihrem Elternhaus eigentlich zu?“, „Hätten Sie Ihre Mutter nicht schützen können?“- Wir haben in den Jahren, auch heute noch sehr damit zu tun gehabt, dass wir so respektlos behandelt wurden. Weder mein Mann, noch ich haben kein Verbrechen begangen. Wir fühlen uns massiv als Opfer: Opfer einmal durch die Straftat, die mein Schwiegervater ausgeübt hat und wir sind Opfer durch die Polizei und andere Einrichtungen, bei denen wir Hilfen suchten und eher Ignoranz und Ablehnung erfahren haben.

Wir hätten uns Anerkennung als Opfer gewünscht. Wir hätten uns eine Vermittlung an eine Betroffenenorganisation gewünscht. Durch eigene Recherchen sind wir auf den ANUAS gestoßen und haben zum ersten Mal Hilfen und Verständnis erfahren. ...

Wir hätten uns Respekt und Achtung durch die Polizei und Institutionen gewünscht. Die Ablehnung durch andere Menschen aus verschiedenen Strukturen hielten wir irgendwann nicht mehr aus und sind mit unserer kleinen verbliebenen Familie ganz weit weggezogen. Wir haben neu angefangen, haben uns eine neue Identität zugelegt und leben jetzt ruhig...“

An einen Austausch mit unserem Vater waren wir anfangs nicht interessiert, kurz nach der Tat hat er sich suizidiert, er hatte keinen Mut zu seiner Tat zu stehen. Wir hätten uns eher Gespräche mit den Behörden gewünscht, die uns so respektlos behandelt haben ... wir haben diese Stellen ebenfalls als Täter angesehen, die uns zu einem erneuten Opfer gemacht haben ...“

-----



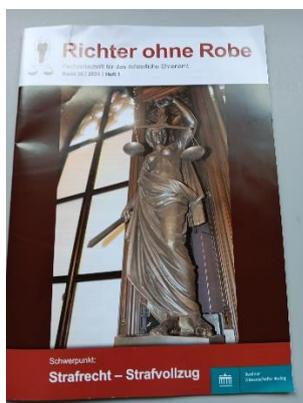
Die „Förderung der Vernetzung staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen zur Bündelung von Ressourcen und zur Erzielung von Synergiegewinnen“ gehört zu den satzungsgemäßen Aufgaben der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG). Diesem Auftrag kommen wir seit 2010 unter anderem mit der Durchführung von Statuskonferenzen nach.

<https://bvpraevention.de/cms/index.asp?inst=newbv&snr=12375>

Austauschforums greifen wir diese insbesondere mit Blick auf die für die Arbeit der BVPG relevanten Arbeits- und Handlungsfelder auf und diskutieren sie mit den Vorstandsmitgliedern der BVPG, den eingeladenen Expertinnen und Experten sowie den Teilnehmenden.

Weitere Informationen zu dieser rein digitalen Veranstaltung erhalten Sie in der beigefügten Ankündigung und auf unserer [Website](#). Merken Sie sich diesen Termin schon jetzt in Ihrem Kalender für Ihre Teilnahme vor und informieren Sie gerne Interessierte in Ihrem Netzwerk. Eine Anmeldung zu dieser Veranstaltung ist ab sofort [hier](#) möglich – wir freuen uns auf Sie!

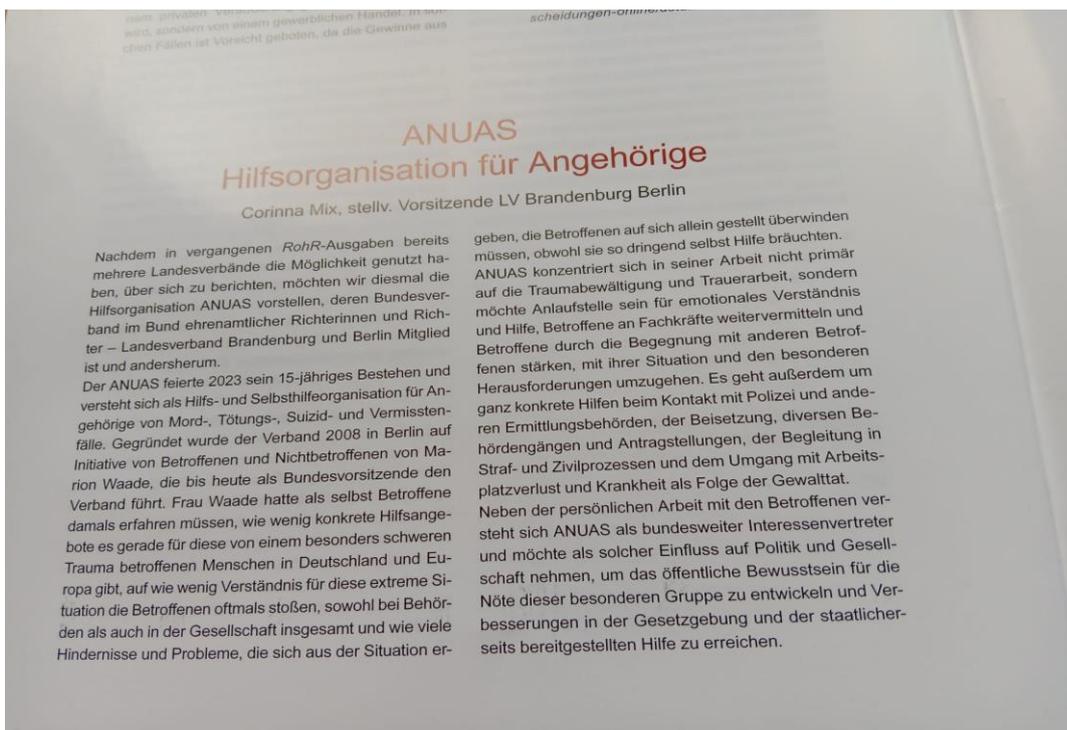
Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an [statuskonferenz@bypraevention.de](mailto:statuskonferenz@bypraevention.de).



Band 36 / 2024 / Heft 1

**„Richter ohne Robe“ - Fachzeitschrift Bundesverband ehrenamtliche Richterinnen und Richter e.V.**

**Der Landesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter e.V. Berlin-Brandenburg hat seit mehreren Jahren eine gegenseitige Mitgliedschaft mit dem Bundesverband ANUAS e.V.**



Es geht dem Verband darüber hinaus auch um die Unterstützung und Förderung wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Thematik, der Zusammenführung von Betroffenenkompetenz und Fachkompetenz und der Mitwirkung bei der Kriminalprävention durch Gesundheitsförderung, dem Aufbau eines flächendeckenden Hilfesystems und auch der Unterstützung der Angehörigen von Tätern.

Zum Aufbau eines Netzwerkes, dass diese Anliegen unterstützt, pflegt ANUAS diverse gegenseitige Mitgliedschaften nicht nur mit dem Bund ehrenamtlicher Richterinnen und Richter, sondern auch mit dem AGUS e.V. (Bundesverband für Suizidtrauernde), dem VEID (Bundesverband verwaiste Eltern und trauernde Geschwister in Deutschland) und dem Sozialdenker e.V. (Ideengeber für inklusives Engagement).

Die Angebote von ANUAS für Betroffene umfassen z.B. Sorgentelefon und Onlineberatung, die Bereitstellung der Informations- und Aufklärungsplattform „Traumaportal“, diverse gesundheitspräventive Nachsorgeprojekte und nicht zuletzt die jährliche Organisation der bundesweiten Themenwochen – die bislang größten Selbsthilfeveranstaltungen, die es für betroffene Angehörige überhaupt gibt – die in verschiedensten Formaten Information, Aufklärung und emotionale Stabilisierung anbieten, etwa durch Austauschgespräche, Workshops, Fachtage, Weiterbildungen, Schulungen, aber auch die Gestaltung von gemeinsamen Freizeitaktivitäten. Besonders an diesen Wochen ist insbesondere auch die Beteiligung von Nichtbetroffenen Fachleuten und Interessierten.

Von besonderem Interesse für Schöffen ist sicherlich das Engagement von ANUAS im Bereich der Kriminalprävention, der Opferbegleitung vor Gericht und Projekte und Weiterbildungen im Themenfeld Täter-Opfer-Begegnung und restaurativer Justiz.

Da bei dem schwerstmöglichen Delikt – einem Tötungsverbrechen – ein Täter-Opfer-Ausgleich im eigentlichen Sinne nicht mehr stattfinden kann, ist es um so dringlicher, die Opferbedarfe der Angehörigen Getöteter in den Blick zu nehmen, z.B.:

- Anerkennung der Angehörigen von Ermordeten als Opfer
- Re-Sozialisierungshilfen von Opferfamilien
- Finanzielle Förderung von gesundheitspräventiven Nachsorgeprojekten für Angehörige
- Schaffung von Kontroll-Monitoringstellen
- Einbezug von Opferhilfeeinrichtungen und Betroffenenkompetenz

Unterstützen kann man den ANUAS als Mitglied oder Fördermitglied, mit Spenden oder als Botschafter für den Verein.

Aktuell engagieren sich bereits Manfred Pomorin (Pantomime-Künstler), Vassilis Gousanis (Rechtsanwalt für Strafrecht in Griechenland) und Verena Kurth (Drehbuchautorin) als Botschafter für den ANUAS, außerdem konnte der Verein das Ehepaar Anna und Axel Petermann als prominente Schirmherren gewinnen. Axel Petermann ist insbesondere als Profiler und Bestsellerautor deutschlandweit bekannt geworden.



**Zum Weiterlesen**  
Broschüre  
„15 Jahre ANUAS – 2008–2023“, herausgegeben vom Bundesverband ANUAS e.V.

**Weiterführende Informationen**  
[www.anuas.de](http://www.anuas.de)  
[www.anuas-selbsthilfe.de](http://www.anuas-selbsthilfe.de)  
[www.anuas-traumaportal.de](http://www.anuas-traumaportal.de)



ANUAS zu Gast im Bundestag am 27.11.2023  
im Gespräch Marion Waade mit Dr. Johannes Fechner (Mitglied im Rechtsausschuss) und Ruppert Stüwe (MdB)

Foto: Norman Uhlmann



## **Bund ehrenamtlicher Richterinnen und Richter Landesverband Brandenburg und Berlin e.V.**

### **75 Jahre Grundgesetz – Recht verstehen, Demokratie stärken – warum wir juristische Bildung brauchen**

31. Mai 2024

Am 25.05.2024 diskutierte der Vorsitzende Norman Uhlmann gemeinsam mit Kathrin Schön, Stiftung Forum Recht, Leiterin Programm und Veranstaltungen Annika Sondenheimer, Referentin im Justizministerium NRW, zuständig für Rechtskunde an Schulen Sophie Dahmen, Mitgründerin der Initiative iur.reform zur Reform des Jurastudiums, Rechtsreferendarin unter Moderation von Josephine Schulz im Deutschlandfunk das „ob“, „wie“ und „warum“ zu dem Thema: warum wir juristische Bildung brauchen und welche Herausforderungen gemeistert werden müssen. Das ganze Gespräch finden Sie hier:

<https://ehrenamtliche-richter.org/2024/05/31/75-jahre-grundgesetz-recht-verstehen-demokratie-staerken-warum-wir-juristische-bildung-brauchen/>

-----

### **Verfassungsbeschwerde gegen die Ablehnung der Wiederaufnahme eines Strafverfahrens** Erschienen am 28.05.2024

Gegenstand des Verfahrens war die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Strafverfahren wieder aufzunehmen ist, wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) festgestellt hat.

[https://jura-online.de/blog/2024/05/28/verfassungsbeschwerde-gegen-die-ablehnung-der-wiederaufnahme-eines-strafverfahrens/?utm\\_medium=email&utm\\_source=magazin&utm\\_campaign=flurfunk\\_240602](https://jura-online.de/blog/2024/05/28/verfassungsbeschwerde-gegen-die-ablehnung-der-wiederaufnahme-eines-strafverfahrens/?utm_medium=email&utm_source=magazin&utm_campaign=flurfunk_240602)

-----

# Öffentlichkeits- Netzwerkarbeit - Forschung

**neue Plattform Senseven Health ... für Menschen mit psychischen Beschwerden, damit diese schnell und unkompliziert an einen Termin mit einem für sie geeigneten Psychotherapeuten kommen.**

„... Wie Sie wissen, sehen sich in Deutschland viele Menschen, die psychologische Unterstützung suchen, mit langen Wartezeiten und einer begrenzten Verfügbarkeit von Therapeuten konfrontiert. Dies ist für viele eine sehr frustrierende und demotivierende Erfahrung, die sie oft davon abhält weiter nach Hilfe zu suchen, was ihr Leiden oft nur noch verschlimmert.

Wir bei Senseven Health greifen dieses Problem auf, indem wir die Art und Weise, wie Patienten und Therapeuten zusammenfinden, optimiert haben und somit gegen den Therapieplatzmangel in Deutschland steuern.

Durch unser Netzwerk kooperierender Psychotherapeuten und durch eine zielgerichtete Vermittlung auf unserer Plattform, können wir effektiv auf die Bedürfnisse und spezifischen Anforderungen von Menschen, die nach Hilfe suchen, eingehen, und ihnen ohne langes Warten einen Termin bei einem Psychotherapeuten vermitteln...“

<https://www.senseven.com/>



**Mitgliederversammlung des Integrationsvereins – Die Sozialdenker**, welche mit dem Bundesverband ANUAS e.V. seit 8 Jahren eine gegenseitige Mitgliedschaft pflegt.

Die Mitgliederversammlung findet am Freitag, 15.06.2024 von 14.00 Uhr – 16.00 Uhr in der Geschäftsstelle der Sozialdenker e.V., Holzmarktstr.69 (Eingang auf der Rückseite des Hauses) in 10179 Berlin Mitte statt.



Kevin Hönicke, Stadtrat in Berlin Lichtenberg besucht im Juni 2024 die ANUAS-Bundesgeschäftsstelle.

Bereits zur ANUAS-Themenwoche 2023 hat sich Herr Hönicke ein weitreichendes Bild über die Tätigkeiten des ANUAS machen können. Am 10. 04. 2024 begleitete Herr Hönicke die ANUAS-Arbeitsgruppe zum Gespräch in den Bundestag mit Dr. Fechner. Weitere Gespräche und gemeinsame Aktivitäten im Stadtbezirk sind geplant.



Deutsche Gesellschaft für  
Psychiatrie und Psychotherapie,  
Psychosomatik und  
Nervenheilkunde e.V.



Aktionsbündnis  
Seelische Gesundheit

**Der Bundesverband ANUAS e.V. ist seit 2009 Mitglied im Aktionsbündnis der Seelischen Gesundheit. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e.V. ist Dachverband des Aktionsbündnisses der Seelischen Gesundheit.**

### **Ulrike-Fritze-Lindenthal-Antistigma-Preis**

Die DGPPN und das Aktionsbündnis Seelische Gesundheit vergeben den Ulrike-Fritze-Lindenthal-Antistigma-Preis – Förderpreis zur Entstigmatisierung und Autonomie psychisch kranker Menschen in Verbindung mit der Stiftung für Seelische Gesundheit. Die Auszeichnung würdigt Projekte, Institutionen und Selbsthilfegruppen, die sich für eine nachhaltige gesellschaftliche Integration psychisch erkrankter Menschen engagieren.

Die Auszeichnung ist mit insgesamt 20.000 Euro dotiert und wird jährlich auf dem DGPPN Kongress im November in Berlin verliehen.

### **Bewerbungsfrist: 30. Juni 2024**

#### **Über den Preis**

Der Ulrike-Fritze-Lindenthal-Antistigma-Preis zeichnet Projekte, Institutionen und Selbsthilfegruppen aus, die sich für eine nachhaltige Entstigmatisierung und Förderung der Autonomie von Menschen mit psychischen Erkrankungen engagieren. Ermöglicht wird dies unter anderem durch die Stiftung aus dem Privatvermögen von Prof. Dr. Jürgen Fritze und seiner verstorbenen Frau, deren Name die Auszeichnung trägt. Der Preis wird üblicherweise geteilt.

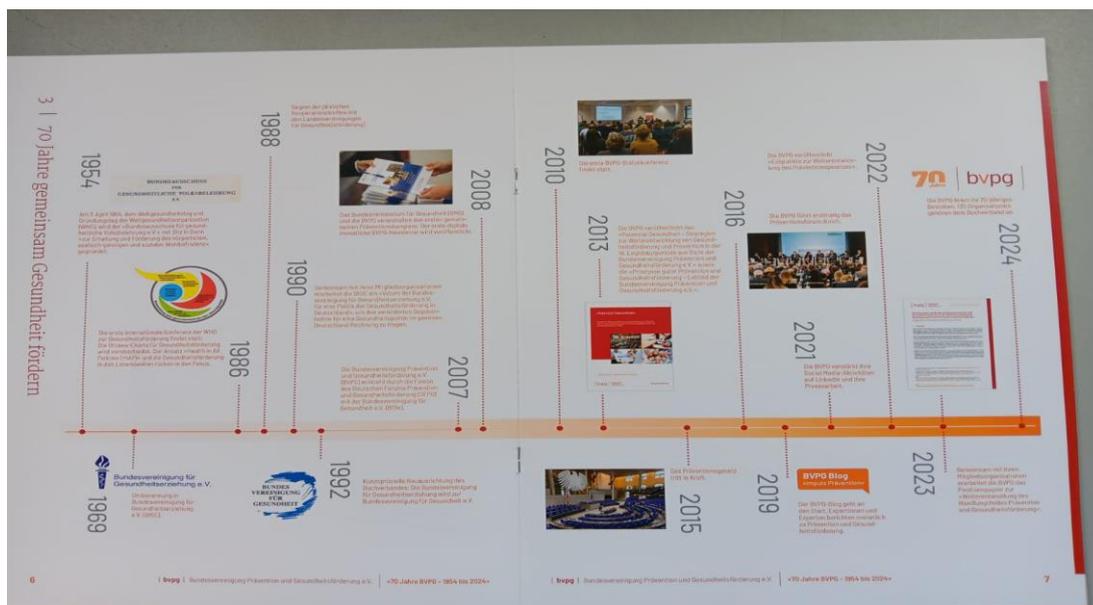
<https://www.dgppn.de/preise/ulrike-fritze-lindenthal-antistigma-preis.html>

**Mitgliederversammlung** mit anschließendem Austausch von Mitgliedern und Vorstand zu den Schwerpunktthemen.



<https://bvpraevention.de/cms/index.asp?inst=newbv&snr=14166>

Während der Mitgliederversammlung wurde die Entwicklung der BVPG innerhalb von 70 Jahren vorgestellt:



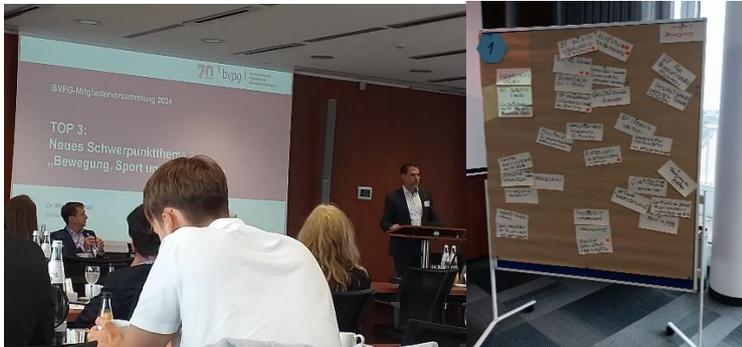
Geplant ist die Bildung von Arbeitsgruppen, wozu Mitglieder zur Mitarbeit aufgerufen sind. Das Format "Ideen-Karussell" hat den Teilnehmern des ANUAS sehr gut gefallen. Hier wurde im Rahmen von vier Arbeitsgruppen Ideen der Mitgliederorganisationen eingeholt.

**AG 1: politische Einordnung der Arbeitsgruppe „Bewegung, Sport und Gesundheit“**

Berichtet wurde über den Bewegungsgipfel 2022 und Bewegungsgipfel 2.0 vom 03. 02. 2024 ... Sport soll ressourcenübergreifend eingesetzt werden. Es ist geplant ein organisationsübergreifendes Positionspapier zu erstellen ... Fortführung des Rundes Tisches mit dem Gesundheitsziel „Bewegungsförderung“. Das BMG unterstützt Bewegung und Bewegungsförderung

-> ANUAS hat an den Paneelen 1-3 über die Thematik des ANUAS berichtet. So in der Arbeitsgruppe 1 berichtete die ANUAS-Vertreterin von der nonverbalen Körperarbeit mit Traumatisierten beim ANUAS - Praxisbeispiel. Das Beispiel ist sehr gut aufgenommen worden und wird zukünftig in die weitere Arbeitsgruppe als Thema einfließen.

<https://anuas-selbsthilfe.de/gesundheitspraeventive-koerperarbeit/>



13

Dr. Mischa Kläber – Ressortleiter für Breiten- und Gesundheitssport beim Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (DOSB)

## **AG 2: Gesundheitliche Chancengerechtigkeit / Chancengleichheit**

Kurz angesprochen wurde

Pkt. 1: Gleichheit und Ungerechtigkeit und damit verbunden die Verschlechterung der Lebenserwartung ... Unterschiede zwischen einkommenstarken und einkommenschwachen Gruppen ... Innerhalb der EU liegt Deutschland in der Mitte – Tendenz fallend

Pkt. 2: gesellschaftliche Entwicklung ... entsprechend dem Grundgesetz, Art. 2 hat der Mensch ein Recht auf körperliche Unversehrtheit

Pkt. 3: politische Entwicklung – Gesundheitskompetenz – Eigenverantwortung fördern ... methodische Kompetenzen finden und ausbauen



Prof. Dr. Dagmar Starke – kommissarische Leiterin der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf (AÖGW)

### AG 3: Klimawandel und Gesundheit – Klimawandel = größte Gesundheitsbedrohung für die Menschheit (WHO)



### AG 4: Psychische Gesundheit fördern

Es wurden kurz Einzelpunkte angesprochen:

- VdEk = Interessenvertreter für Versicherte
  - Stärkung gesundheitlicher Ressourcen
  - Gemeinsame Anstrengungen auf allen Ebenen
  - Probleme und Herausforderungen herausarbeiten, analysieren und angeben
  - Ressourcenübergreifend
  - Gesundheits-präventive Förderung über alle Strukturen
  - Einbringung aller Politikbereiche – gesundheitliche Ungleichheit
  - Gesundheitskompetenz schätzen
  - Bildungsgruppenanstiege!?
  - Neue Vulnerabilität: . Bedrohung der Demokratie . Akzeptanz
  - Bewegung und Bewegungsförderung
  - Psychosoziale Gesundheit
- ➔ Diese Gruppe haben die ANUAS-Teilnehmer als sehr interessant empfunden, da alle Themenbereiche den ANUAS betreffen. Die ANUAS-Vertreter planten sich aktiv in diese Gruppe einzubringen, vielleicht ergibt sich ja die Möglichkeit für das Thema des ANUAS zu sensibilisieren und verstanden zu werden.
- ➔ Nachdem ANUAS von der Situation der Betroffenen berichtete, kommentierte eine Teilnehmerin, dass „**Trauer keine Krankheit**“ sei. ANUAS wies darauf hin, dass es sich bei den Betroffenen des ANUAS nicht um eine „normale“ Trauer handelt, sondern auf die Kausalität geachtet werden sollte. Leider wurde das Prinzip der Kausalität vom AG-Leiter in Frage gestellt.
- ➔ Die ANUAS-Vertreterin bemühte sich mehrfach um ein Austauschgespräch auf wissenschaftlich fundierter Basis (Erkenntnisse Dr. Kilchling – Max-Planck-Institut und Dr. Judith Albrecht FU Dahlem) leider war ein Zeitfaktor ein Hindernis. Vielleicht läßt sich das Gespräch noch nachholen?!

- ➔ ANUAS sieht den langjährigen seelischen und psychischen Leidensdruck der Betroffenen als psychische Erkrankung und engagiert sich seit Jahren für eine gesundheitspräventive Nachsorge nach einer tödlichen Gewalttat. Die psychosoziale Gesundheit wird durch ANUAS stark unterstützt und gefördert.



Prof. Dr. Ulrich Reininghaus – Leiter der Abteilung Public Mental Health beim Zentralinstitut für Seelische Gesundheit

## Koordinierung der Hilfe zur Selbsthilfe

### **NAKOS: Infoveranstaltung (Online): „Selbsthilfe sichtbar machen!“**

Selbsthilfeorganisationen bieten Menschen, die an Selbsthilfe interessiert sind, umfangreiche Informations- und Beratungsangebote zu Krankheiten und ihrer Behandlung. Als anerkannter und geschätzter Partner für Ärzt\*innen, Forschung, Politik und auch Unternehmen tragen Sie ein hohes Maß an Verantwortung. Um glaubwürdig zu sein, ist es wichtig, dass sie transparent und unabhängig arbeiten.

Die NAKOS hat eine Kennzeichnung für in der Adressdatenbank GRÜNE ADRESSEN (<https://www.nakos.de/adressen/gruen/>) verzeichnete Selbsthilfeorganisationen entwickelt. Mit dieser können die Organisationen zeigen, dass ihnen transparentes und unabhängiges Arbeiten wichtig ist.

Die NAKOS lädt deshalb herzlich alle in den GRÜNEN ADRESSEN verzeichneten bundesweiten Selbsthilfeorganisationen zu einer Online-Infoveranstaltung zur NAKOS-Kennzeichnung ein.

Die Veranstaltung informiert darüber, was die NAKOS-Kennzeichnung für Transparenz und Unabhängigkeit (<https://www.nakos.de/adressen/gruen/kennzeichnung/>) ist und wie Selbsthilfeorganisationen sie erhalten können. Dabei wird unter anderem auf folgende Fragen eingegangen:

- Welches sind die Kriterien für eine Kennzeichnung?
- Wie läuft der Kennzeichnungsprozess ab?
- Welche Vorteile hat eine Kennzeichnung?

-----

Die diesjährige ANUAS-Themenwoche steht unter den Zeichen der psychischen Gesundheit \* Ressourcen und Ressourcenausbau und Bewältigungstechniken.



## Gesundheitspräventive Nachsorge

ein gesundheitspräventives Projekt  
mit Anna-Brigitte Dziewior-Petermann



Atmung \* Achtsamkeit \* Entspannung \*  
Imagination  
Ressourcenfindung \* Ressourcenausbau  
Entlastung \* Stabilisierung

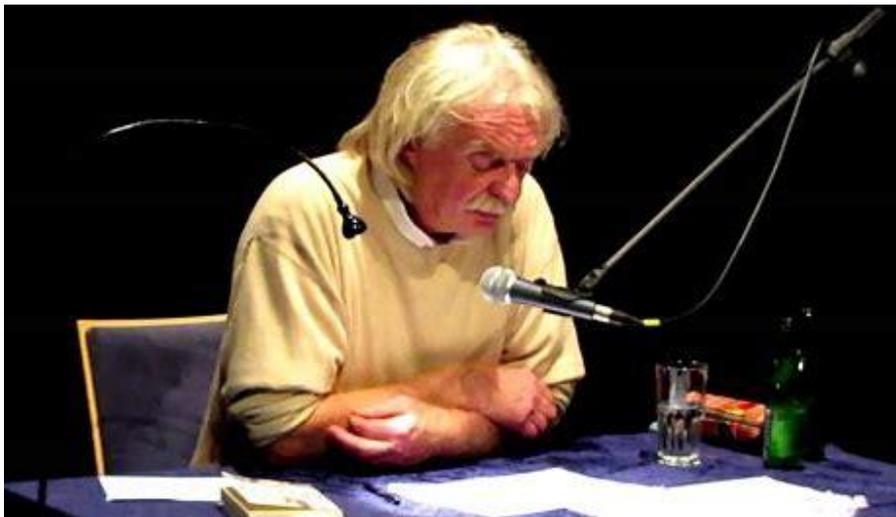
3tägiger Workshop:  
26. – 28. 08. 2024 \*  
ABACUS-Tierpark-Hotel,  
Franz-Mett-Str. 5-9, 10319 Berlin



Gefördert durch die ...



Weiterhin wird es auch um Fragen der Polizeiarbeit, Gerechtigkeit und Restorativen Justice gehen. Axel Petermann berichtet über kriminaltechnische Arbeitsweisen und liest aus seinen Büchern.



Dazu ist eine Podiumsdiskussion mit Fachkompetenzen der Bereiche geplant.

## Podiumsdiskussion 082024

F  
R  
A  
G  
E  
N

- Warum so große Distanz zwischen dem, was sein soll, zwischen Gesetzen und Politik?
- Wieso werden Informationen nicht weiter gegeben, obwohl ein gesetzliches Recht darauf besteht?
- Wieso werden Mit-Opfer nicht als Menschen behandelt?
- Woher kommt die Arroganz mit der Betroffene von Behördenstellen behandelt werden?
- Wieso werden Rechtsanwälte nicht ausreichend geschult? Wenn sie Opfer vertreten, dann sollten sie sich gut im Opferrecht auskennen und nicht Fachanwalt in anderen Bereichen sein.
- Wieso erfahre ich nichts von der psychosozialen Prozeßbegleitung, dem kostenlosen Opferanwalt und dem Adhäsionsverfahren während des Strafprozesses?
- Was ist die psychosoziale Prozeßbegleitung, wie unterstützen die Vertreter mich und warum sind sie als Zeugen im Strafprozeß zugelassen und müssen aussagen?
- Wieso erhalte ich keine Informationen und Akteneinsicht zum Mord an meinem Kind?
- Warum informiert der Anwalt mich nicht zum Adhäsionsverfahren im Strafprozeß und verweist auf eine anschließende Zivilklage, die ich dann privat bezahlen muß und welche für mich unwahrscheinliche psychische Belastungen nach sich ziehen?

Die Veranstaltungen innerhalb der Themenwoche vom 25. 08. – 01. 09. 2024 werden finanziert von der Krankenkasse IKK BB sowie der Aktion Mensch



## Interview

### Europäisches Medienfreiheitsgesetz zum Schutz unabhängiger Medien tritt in Kraft

Die neuen Rechtsvorschriften schützen redaktionelle Entscheidungen vor politischer Einflussnahme und richten sich gegen die Überwachung von Journalistinnen und Journalisten. Die für Werte und Transparenz zuständige Vizepräsidentin der EU-Kommission, Věra **Jourová**, erklärte: „Zum ersten Mal verfügt die EU über ein Gesetz zum Schutz der Medienfreiheit. Die EU erkennt an, dass Journalisten eine wesentliche Rolle für die Demokratie spielen und geschützt werden sollten. Ich rufe die Mitgliedstaaten auf, die neuen Vorschriften so bald wie möglich umsetzen.“

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaisches-medienfreiheitsgesetz-zum-schutz-unabhaengeriger-medien-tritt-kraft-2024-05-07\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaisches-medienfreiheitsgesetz-zum-schutz-unabhaengeriger-medien-tritt-kraft-2024-05-07_de)

ANUAS verhält sich mit humanrights.ch solidarisch, da unsere Gedanken in die gleiche Richtung gehen:

## **Crowdfunding: Grundrechte wahren!**

Das Nachrichtendienst-Gesetz (NDG) soll revidiert werden und der Geheimdienst neue Überwachungsbefugnisse erhalten. Gegen die Gesetzesrevision wehren wir uns zusammen mit anderen Schweizer NGOs.

Wir alle haben Geheimnisse – und ein Recht auf deren Schutz. Die Achtung unseres Privat- und Familienlebens, unserer Wohnung und unserer Korrespondenz ist durch Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und Artikel 13 der Schweizerischen Bundesverfassung (BV) geschützt. Seit mindestens 2017 wird der Internetverkehr jedoch von uns allen mittels der sogenannten Kabelaufklärung massenhaft mitgelesen, ausgewertet und für spätere Auswertungen durch die Schweizer Armee und den Geheimdienst gespeichert. Immer wieder wird betont, die Kabelaufklärung sei ein Mittel der Auslandsaufklärung. Da jedoch die grosse Mehrheit der Internetkommunikation in der Schweiz über ausländische Server und Netzwerke läuft, sind wir alle von dieser Überwachung betroffen.

<https://www.humanrights.ch/de/news/crowdfunding-grundrechte-wahren>

## **Interview Nachrichten Regional, Karin Hurre mit dem Bundesverband ANUAS e.V.**



### **Vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Recht bekommen!!**

Marion Waade, Gründerin und 1. Vorsitzende des Bundesverbandes ANUAS e.V., Berlin, ist mit ihrer Forderung einer 3. Opferrechtsreform bis vor den Europäischen Gerichtshof gezogen und hat Recht bekommen. 2009 hat sie eine Anfrage bei der Europäischen Union eingereicht und prüfen lassen, inwieweit die Opferrechte in Deutschland geschützt sind und ob es Gesetze gibt, die bei der Anwendung der Gesetzgebung eingesetzt werden. Daraufhin hat die EU eine Verbandsanhörung

<chrome-extension://efaidnbmninnibpcjpcglclefindmkaj/https://anuas.de/files/tao/pdf/anhoerungsfragebogen.pdf>

durchgeführt, an der auch der Bundesverband ANUAS teilgenommen hatte. ANUAS konnte immerhin erreichen, dass Angehörige gewaltsamer Tötungen keine Hinterbliebenen im üblichen Sinne sind, sondern als Mitopfer gelten. Familienangehörige von Personen, die infolge einer Straftat zu Tode kamen, zählen zu den Opfern und genießen dieselben Rechte wie die Opfer selbst einschließlich des Rechts auf Information, Unterstützung und Entschädigung, siehe [Richtlinie 2012/29/EU](#) v. 25.10.2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten (Umsetzung in nationales Recht 16. 11. 2015) ...

**Über das Engagement von Marion Waade im Bundesverband ANUAS e.V. hat NACHRICHTEN REGIONAL mit der Vorsitzenden ein Interview geführt und einiges bei ihr hinterfragen können.**

<https://nachrichten-regional.de/anuas-berlin-der-jahrelange-kampf-von-marion-waade-um-opferrechte-von-hinterbliebenen-in-mordfaellen/>



Am 10. 04. 2024 waren Vertreter der ANUAS-Arbeitsgruppe „Opferrechte“ im Bundestag.

<https://anuas.de/eu-sachberichte-und-verb%3%A4ndeanh%C3%B6rungen/>

Ein Hauptdiskussionsthema war – erneut - die Anerkennung der „Mit-Opfer“ = Angehörige gewaltsamer Tötung. Unter anderem sieht ANUAS ein Ungleichgewicht darin, dass Katastrophenfälle und Terroropfer gezielt informiert, beraten und unterstützt werden, die anderen Opfer in Deutschland aber nicht.

Weitere Unterschiede gibt es bei den Landes- und Bundes-Opferbeauftragten, welche ebenfalls nur die oben genannte Zielgruppe betreut. Es liegen, in dem Zusammenhang für den ANUAS erkennbar, Menschenrechtsverletzungen vor. Alle Menschen sind gleich ...

Dr. Fechner hat eine gezielte Anfrage dazu an den Bundes-Opfer-Beauftragten, Pascal Kober (MdB) erstellt. Hier ein **Auszug** aus dem Antwortschreiben:



vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26. April 2024, in dem Sie sich für eine Ausweitung meines Mandats auf Opfer von Gewaltverbrechen und Angehörige von Opfern von Tötungsdelikten aussprechen. Derzeit beschränkt sich die Zuständigkeit meines Amtes auf die Betroffenen von terroristischen und extremistischen Anschlägen im Inland und ist als eine „freiwillige“ Ergänzung des Bundes zum Opferschutz der eigentlich zuständigen Länder zu verstehen.

In Hinblick auf die Tatsache, dass Terrortaten sich gegen den Staat, seine Ordnung und die Werte unserer Gesellschaft richten, ist es folgerichtig und auf den Ebenen der EU und der VN anerkannte und geforderte Praxis, dieser spezifischen Betroffenenengruppe eine besondere staatliche Fürsorge zuteilwerden zu lassen, weil die Betroffenen eben stellvertretend für

die gesamte Gesellschaft angegriffen wurden. Zudem wirken wir mit der besonderen Unterstützung auch der den Terrortaten zugrundeliegenden Absicht aktiv entgegen, durch Verursachung von größtmöglichem Leid, Entsetzen in der Gesellschaft zu verbreiten, die Gesellschaft zu verunsichern und das Vertrauen in den Staat und seine Organe zu erschüttern.

Eine Ausweitung meines Mandates auf alle Gewaltopfer würde einen erheblichen zusätzlichen Personalbedarf erfordern und würde in die originäre Zuständigkeit der Länder eingreifen. Derzeit setze ich mich dafür ein, mein Mandat auch auf Betroffene von terroristischen Anschlägen im Ausland auszuweiten und als zentraler Ansprechpartner und politische Stimme auch für diese Personengruppe tätig zu werden. Gerne können wir uns zu Ihrer

...

-----

**Verantwortlich für den Newsletter ist die Geschäftsstelle des Bundesverbandes ANUAS e.V.**

**Wenn Sie den Newsletter fälschlicher Weise erhalten haben, oder den Erhalt beenden möchten, können Sie den Newsletter jederzeit kündigen.**

**Abmeldung des Newsletters:**

**<https://anuas.de/newsletter-abonnement-kuendigen/>**